

Argumente im Bundestagswahlkampf - Gesundheitspolitik

1.) Für welche Politik steht die WASG im Gesundheitswesen?

Die Kandidatinnen und Kandidaten der WASG, die auf den offenen Listen der Linkspartei für ein Bundestagsmandat kandidieren, stehen für einen grundlegenden Wechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Bei uns dominiert nicht die Wirtschaftspolitik, sondern die Gesellschafts- und die Sozialpolitik steht im Vordergrund. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen, denn Gesundheit ist ein für die Existenz der Menschen unverzichtbares Gut, was nicht dem Spiel der Kräfte des Marktes und der finanziellen Möglichkeiten der Einzelnen überlassen werden darf.

2.) Wie steht die WASG zu den populären Streitpunkten der sogenannten Gesundheitsreform (Praxisgebühr, Beitragssätze etc.)?

Insgesamt führt die Praxisgebühr mit allen anderen belastenden Maßnahmen dazu, dass den Menschen tief in die Tasche gegriffen wird, was zu einer weiterhin sinkenden Massenkaufrkraft führt. Daraus resultiert ein weiterer Anstieg der Erwerbslosenzahlen. Das ist für uns der vollkommen falsche Weg! Wir fordern deshalb, die Belastungen durch die Zuzahlungen zurückzunehmen. Auch gesundheitspolitisch ist dies der vollkommen falsche Weg, weil Versicherte mit geringen Einkommen, sich den Gang zum Arzt sparen. Das Problem der gesetzlichen Krankenversicherung sind nicht ausufernde Ausgaben, sondern die permanent weiter sinkende Lohnquote und damit verbunden ein dramatischer Einbruch auf der Einnahmenseite.

3.) Wie würde die WASG eine Gesundheitsreform gestalten?

Wir wollen die Bürgerversicherung mit folgenden Eckpunkten: Alle BürgerInnen, alle Einkommen unterliegen der Versicherungspflicht. Die paritätische Finanzierung wird beibehalten und zusätzlich soll Kapital- und Vermögenseinkommen mit herangezogen werden. Unabhängig von unserem Wahlmanifest haben wir auch im Grundsatzprogramm deutlich gemacht, dass wir die Versicherungspflichtgrenze abschaffen wollen und dass wir die Beitragsbemessungsgrenze deutlich anheben wollen. Deshalb spricht sich die WASG für eine Bürgerversicherung aus, in der alle Bürgerinnen und Bürger versichert werden, und bei der sämtliche Einkünfte berücksichtigt werden. Hinsichtlich des Arbeitgeberanteils fordern wir die Aufrechterhaltung der paritätischen Finanzierung. Bei fortschreitender technischer Rationalisierung und unterschiedlichsten betriebswirtschaftlichen Ergebnissen der Unternehmen sollte eine politische Debatte über eine Wertschöpfungsabgabe kein Tabu-Thema sein. Letztendlich könnte solch ein Instrument zu mehr Gerechtigkeit bei der finanziellen Beteiligung der Arbeitgeber an der Krankenversicherung führen. Das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags, wie es von den neoliberalen Kräften gefordert wird, lehnen wir jedenfalls strikt ab. Daneben findet in der WASG bereits eine Diskussion statt, die in eine gänzlich andere Richtung geht, verbunden mit der Fragestellung, ob nicht auch ein steuerfinanziertes System das heutige System ablösen könnte, wie es teilweise auch aus den skandinavischen Ländern bekannt ist.

4.) Wie sollen in Zukunft die Lasten im Gesundheitswesen sozial gerecht verteilt werden und die Finanzierung des Gesundheits-Systems sichergestellt werden?

Die jetzigen Defizite auf der Einnahmenseite können nur dann kompensiert werden, wenn gesamtwirtschaftlich vernünftig gegengesteuert wird. Die bisherigen Korrekturen am Gesundheitswesen waren nach unserer Ansicht keine Teilmaßnahmen, sondern Bestandteil eines abgestimmten neoliberalen Gesamtkonzeptes, das Solidarmodell zu zerstören, um einem Systemwechsel, mit dem Endziel der Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung, vollziehen zu können. Wir als WASG wollen an dieser Stelle einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialpolitik mit dem Ziel, eine solidarische Bürgerversicherung einzuführen.

5.) Sieht die WASG Alternativen zur Auslagerung von Leistungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung in Kombination mit privaten Zusatzversicherungen?

Das sind Modelle, die wir ablehnen. Wir wollen das Wort „solidarisch“ ernst nehmen und wollen eine echte solidarische Krankenversicherung, wo nicht permanent Auslagerungen stattfinden, sondern wirklich eine Systemstabilisierung angestrebt wird. Auf keinen Fall wollen wir dabei das System in Richtung Privatisierung verändern.